

Der SPIEGEL auf dem iPad™ – die neue Art zu lesen

Jetzt testen:
11 Ausgaben für
nur € 29,-!



Früher lesen:

Samstags schon ab 22 Uhr auf iPad, iPhone®, iPod® und PC.

Mehr sehen:

Nutzen Sie Videos, Fotostrecken und interaktive Grafiken.

Mehr hören:

Lauschen Sie Interviews, neuen Songs oder historischen Tondokumenten.

Mehr wissen:

Lesen Sie am Ende des Artikels weiter auf den Themenseiten. Lassen Sie sich vom Reporter erklären, wie er recherchiert hat.

Jetzt exklusiv in der neuen Ausgabe:

- Sehnsucht Europa – **SPIEGEL-TV-Film** über die Flucht aus Afrika
- Karneval in Venedig – **Video** über die Reise einer sterbenden Stadt
- Der Hochstapler – **Slideshow** über Aufstieg und Fall des Polit-Stars Guttenberg

Alle Angebote: www.spiegel.de/ipad



Apple, the Apple logo and iPhone are trademarks of Apple Inc., registered in the U.S. and other countries. App store is a service mark of Apple Inc.

Deutschland

2009, als erst die Piloten und dann die Flughafen-Putzkräfte demonstrierten.

Die Flughafengesellschaft will Demonstrationen dagegen vor dem Gebäude halten, auf dem Busbahnhof, wo sie nicht stören – und leichter zu übersehen sind. Doch so einfach wird das wohl nicht gehen.

Schon weil die Fraport AG zu 52 Prozent dem Staat gehört, kann sie sich nicht so einfach wie ein ganz privater Eigentümer der Bindung an die Grundrechte entziehen. Vor allem aber, betont Kümmels Prozessvertreter, der Frankfurter Staatsrechtler Günter Frankenberg, handle es sich bei den Flughafenterminals um „allgemein zugängliche Flächen“ und damit um „öffentlichen Raum“. Bereits damit sei der Flughafenbetreiber an das Recht von Demonstranten gebunden, „über den Ort der Demonstration oder Meinungskundgabe selbst zu bestimmen“. Und auch andere private Eigentümer, die „eine Fläche regelmäßig der Öffentlichkeit als Flanier- und Konsummeile zur Verfügung stellen“, so Frankenberg, seien prinzipiell zur „Überlassung dieser Fläche zu Versammlungszwecken verpflichtet“.

In der Tat wäre die Demonstrations- und Meinungsfreiheit empfindlich beschnitten, wenn Missstände nicht an dem Ort angeprangert werden dürften, wo sie auftreten. Je mehr privat betriebene Einrichtungen mit Geschäften, Apotheken, Spielplätzen, Kinos und Gaststätten eine Art Marktplatz oder gar ein eigenes Stadtquartier bilden, desto größer ist das gesellschaftliche Bedürfnis, sich auch dort zu Wort zu melden – das kann für Flughäfen, Bahnhöfe und Einkaufszentren ebenso gelten wie für ein Volksfest.

So beantragten Tierschützer im Oktober 2004 eine Demonstration auf dem Cannstatter Wasen, direkt vor einem Zirkuszelt, um gegen die Tierquälerei zu protestieren, die dort angeblich verübt werde. Doch das Ordnungsamt untersagte die Demo. Das Volksfestgelände sei keine öffentliche Verkehrsfläche, sondern gehöre einem Eigenbetrieb der Stadt Stuttgart, und der Stimme der Kundgebung nicht zu. Die Bahn AG musste dagegen nach einem Gerichtsbeschluss hinnehmen, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe auf Bahn-Werbetafeln das Unternehmen für seinen Umgang mit Obdachlosen kritisierte.

Im Fall Kümmel lieferte sogar die Fraport selbst juristische Munition. Am Beispiel Frankfurts lasse sich „exemplarisch vorführen“, hieß es 2007 in einer Pressemitteilung, „wie Drehscheiben des wachsenden Weltluftverkehrs immer mehr zu Flughafenstädten“ würden: „Das Ankommen und Abfliegen von Passagieren ist hier nur noch ein Aspekt von vielen.“

Was mit dem Kurden geschehen ist, der damals abgeschoben wurde, weiß Julia Kümmel indes nicht. „Wir haben nie wieder etwas von ihm gehört.“ DIETMAR HIPPE

RHEINLAND-PFALZ

Frevel am Fluss

Die Moselhochbrücke schafft kuriose Fronten im Landtagswahlkampf. SPD und CDU stehen geschlossen gegen Grüne, Winzer und internationale Weinfreunde.

Julia Klöckner steht an der Eingangstür einer alten Villa aus dunklem Massivstein, sie ist in Eile und findet die Klingel nicht sofort. Vor dem stattlichen Haus im Dörfchen Wehlen fließt die Mosel. Seit 100 Jahren leben die Prüms in diesem Haus, viel länger schon bauen sie Wein an der Mittelmose an.

Es ist Mittwochnachmittag letzter Woche, nachher wird die CDU-Spitzenkandidatin bei der rheinland-pfälzischen Landtagswahl im nahen Wittlich gemeinsam mit der Kanzlerin auftreten. Doch zunächst muss sie hier unten am Fluss ein heikles Problem anpacken. Ein halbes Dutzend Spitzenwinzer und ein paar Leute von der Bürgerinitiative haben sich versammelt, die Stimmung im Esszimmer ist gespannt, der ovale Tisch übersät mit Dokumenten.

Es geht um Wein, das ist ein Stück von Klöckners Vergangenheit. Die 38-Jährige stammt aus einer Winzerfamilie von der Nahe, sie war mal deutsche Weinkönigin. Aber vor allem geht es um ihre Zukunft, denn jetzt will sie Ministerpräsidentin werden. Das Rennen gegen Amtsinhaber Kurt Beck (SPD) ist knapp, sie kämpft um jede Stimme.

Die Winzer am Tisch zählen zur Stammklientel der konservativen Volkspartei. Thomas Loosens Vater und Großvater saßen für die CDU im Landtag, andere wie Willi Schaefer und Ernst-Josef Kees sind Parteigänger der Kandidatin.

Doch bei der Landtagswahl am 27. März ist alles offen. Die Winzer sind wütend. Sie bilden die Kerntruppe einer bunten Koalition, die den Bau einer gigantischen Hochbrücke über die Mosel verhindern will. Eine Zeitlang plätscherte der Streit dahin, jetzt schlagen die Winzer umso lauter Alarm. Sie halten den Wahlkampf für ihre vielleicht letzte Chance.

Auf der anderen Seite stehen SPD und CDU. So garstig sonst der Wahlkampf zwischen beiden tobt, in der Brückenfrage sind sich die Volksparteien einig. „Jeder weiß, dass der Hochmoselübergang absolut notwendig ist“, findet der SPD-Ministerpräsident, und Klöckner sieht das im Prinzip genauso.

So ist es an der Mosel ein bisschen wie beim umstrittenen Stuttgarter Bahnhofprojekt: Die Politik hat entschieden, doch



Simulation der Moselhochbrücke: Ausgerechnet an einer der schönsten Stellen des Tals

trotzdem lässt der Bürgerprotest nicht nach. Das irritiert die Mächtigen. Sie versuchen, dem Protest die Spitze zu nehmen. Nicht nur Klöckner beschwichtigt, auch Becks Verkehrs- und Weinbauminister Hendrik Hering (SPD) war bereits zweimal bei den Prüms zu Gast.

Am liebsten würden beide Volksparteien das Thema ignorieren. Aber seit Stuttgart 21 wissen sie, dass umstrittene Großprojekte Stimmen kosten – meistens zugunsten der Grünen. Hier wie dort ist es die alte Umweltpartei, die den Zorn der Projektgegner aufnimmt.

Oben auf dem Moselsporn, um den der Fluss auf dem Weg zum Rhein seine größte Schleife zieht,



Wahlkämpfer Beck, Klöckner
Der Winzerprotest irritiert die Mächtigen

lässt sich ahnen, was der Mammutbau für die Landschaft bedeutet. Entlang dem schmalen Höhenzug wird gerodet und gebaggert, vorbei an den Ruinen eines alt-römischen Tempels, quer durch Schanzanlagen aus napoleonischer Zeit. Bald soll am Hang eine Fabrik entstehen, in der die Brückenteile gegossen werden. Vom Hunsrück aus werden sie in 160 Meter Höhe Richtung Eifel geschoben, über anderthalb Kilometer lang wird die Brücke. Die Gegner halten es für Frevel, das Moseltal ausgerechnet an einer der schönsten Stellen zu verbauen. Zudem gefährde die Schnellstraße die Wasserversorgung für die Rieslinglagen an den Hängen und damit einzigartige Weine wie die „Wehlener Sonnenuhr“ oder das „Graacher Himmelreich“.

Im Esszimmer der Prüms sitzt Klöckner und trinkt einen dieser Spitzenweine, eine „Bernkasteler Badstube Spätlese“ aus dem Jahr 2003. Der Wein sei wirklich köstlich, beteuert sie. Sie ist gut informiert und macht sich Notizen. „Ich verstehe Ihre Situation“, sagt sie immer wieder. Sie verspricht Aufklärung in Detailfragen, aber die Botschaft bleibt: Die Brücke ist wohl nicht mehr zu stoppen.

Auch SPD-Minister Hering zeigte bei seinen Visiten stets Verständnis für die Sorgen der Weinbauern. Aber in der Sache blieb er hart. Die Botschaft lautet: Es ist zu spät, hört auf zu meckern. Drei Viertel der auf 330 Millionen Euro taxierten Bausumme seien bereits vertraglich vergeben, sagt das Verkehrsministerium. Alle Gerichtsinstanzen haben für den Bau entschieden. Ein Ausstieg würde riesige Vertragsstrafen bedeuten.

Renommierte Weinkritiker wie der Brite Hugh Johnson nutzen

jede Gelegenheit, um den Stopp des Brückenbaus zu verlangen. Im vorigen Jahr traf er sich mit einigen Kollegen, den Moselwinzern und Grünen wie Joschka Fischer zu einer „Protestverkostung“ in einem Berliner China-Restaurant, um in der Bundespolitik für Aufmerksamkeit für den Skandal in der Provinz zu sorgen (SPIEGEL 14/10).

Wenn Johnson gegen die Brücke wütet, spart er nicht mit Pathos. „Für uns im Ausland ist die Mosel die kostbarste aller Geburtsstätten, an denen Rieslinge zur Welt kommen“, schrieb er kürzlich im „Feinschmecker“. Rings um die Welt, so berichten die Moselwinzer von ihren Verkaufsfahrten, sorgten sich Weinliebhaber um die Zukunft des Moseltals.

SPD und CDU bekämpfen die weinliebende Weltgemeinschaft, indem sie die Ressentiments der Provinz mobilisieren. Es sei doch bloß „eine politische Schickerie“, die gegen die Brücke Stimmung mache, sagt Ministerpräsident Beck. In der Region selbst habe man „90 Prozent der Bevölkerung hinter uns“, behauptet sein Minister Hering. Der örtliche CDU-Landtagsabgeordnete Alexander Licht sagt sogar, die Winzer handelten nur auf Druck der ausländischen Weinkritiker. Wer sich wirklich um die Zukunft sorge, sei für die Brücke. Sie überwinde die „Moselbarriere“ und binde die abgelegene Eifel-Hunsrück-Region besser an die Nordseehäfen und die Rhein-Main-Region an.

Nun versprechen die Grünen in ihrem Wahlprogramm: „Wir wollen alle politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Bau des Hochmoselübergangs zu verhindern.“ Der gemeinsame Protest mit den konservativen Winzern zeige den „Platz der Grünen in der Mitte der Gesellschaft“, frohlockt Bundestagsfraktionschefin Renate Künast. „Wir sind wertkonservativ an dem Punkt“, behauptet die rheinland-pfälzische Spitzenkandidatin Eveline Lemke.

Viele Winzer sehen das wohl ähnlich. Er sei ja „sonst nicht von der Couleur wie Herr Trittin“, sagt Manfred Prüm, überprüfe jetzt aber „erstmal seit Jahrzehnten meine Wahlentscheidung“. Winzer Thomas Loosen glaubt sogar: „Unsere gesamte Familie wird grün wählen.“

Die Winzer hoffen darauf, dass die Grünen nach der Wahl als „Königsmacher“ ihren Einfluss zur Geltung bringen können. Voraussichtlich könnten weder Beck noch Klöckner ohne sie regieren.

Vorsorglich hat CDU-Frau Klöckner ihr Programm schon angegrünt. Bei den Prüms räumt sie ein, dass die Beteiligung der Bürger bei der Moselbrücke nicht gut gelaufen sei. Als Ministerpräsidentin würde sie die Verfahren bürgerfreundlicher machen, verspricht sie und suggeriert, dass dann alles anders laufen würde. Bei der nächsten Riesenbrücke, versteht sich.

RALF BESTE